

Es braucht einen Aufstand der Männer

Die Geschlechterforscherin Sabine Hark von der TU Berlin über Gründe und Ursachen für die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, über die Folgen der Kölner Silvesternacht für die Änderung des Sexualstrafrechts und über die Verwendung von feministischen Positionen für die Rechtfertigung rassistischer Ausgrenzungspolitiken.

Wenn gegenwärtig von Gleichberechtigung gesprochen wird, geht es zumeist um die vermeintlich immer bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Ist dies tatsächlich ein so großer Fortschritt, als der er hingestellt wird?

Die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen ist aus meiner Sicht zunächst eine Notwendigkeit der kapitalistischen Reproduktion. Das Alleinverdiener- und Alleinerntermodell hatte ohnehin nur in der berühmten sogenannten „goldenen Phase“ des Kapitalismus – den Nachkriegsjahrzehnten bis zur Ölkrise Anfang der 1970er-Jahre – Gültigkeit. Es hat davor nicht funktioniert und funktioniert jetzt auch nicht mehr. Fakt aber ist: Frauen sind auch gegenwärtig nur in Maßen in Erwerbsarbeit integriert. Das kann man als Gleichstellungsfortschritt verkaufen. Vielleicht ist es auch ein Problem feministischer Politik der letzten Jahrzehnte gewesen, sich zu stark darauf zu fokussieren, dass der Weg der Emanzipation über die ökonomische Selbstständigkeit geht. Dies ist natürlich immer noch in vielerlei Hinsicht auch richtig. Dass feministische Politik damit aber auch in bestimmte Dynamiken kapitalistischer Transformation eingebunden worden ist, haben nicht nur wir als Geschlechterforscherinnen vielleicht zu spät oder zu wenig gesehen. Ich erinnere mich noch gut, dass Ilona Ostner, die große Wohlfahrtsforscherin, schon in den 1980er-Jahren gesagt hat, der sicherste Weg für Frauen, im Alter nicht arm zu sein, sei, richtig zu heiraten. Sie meinte das natürlich nicht so ganz ernst. Aber wir fanden das damals – ich war noch Studentin – sehr irritierend. Ostner war gegenüber der ökonomischen Selbstständigkeit zur Vermeidung von Armut immer schon skeptisch. Letztlich hat sie recht behalten. Die Integration von Frauen in den Erwerbsarbeitsmarkt ist eine in Teilzeit, in sozialversicherungspflichtig prekäre Positionen und eben nicht in die immer noch relativ abgesicherte Vollzeitbeschäftigung. So viele sozialversicherungsmäßig voll abgesicherte Erwerbsarbeitsverhältnisse gibt es nicht, als dass diese egalitär zwischen Männern und Frauen geteilt werden könnten. Es geht eben auch um Verteilungskämpfe; diese finden nun nicht mehr nur zwischen Männern statt, sondern auch zwischen Männern und Frauen.

Warum ist die Gleichberechtigung der Geschlechter in Deutschland noch nicht erreicht?

Es gibt verschiedene Berechnungen, die Folgendes besagen: Wenn es in dem Tempo weitergeht wie bisher, dann wird es eine vollständige rechtliche Gleichstellung im übernächsten Jahrhundert geben. Demnach haben wir also noch einen langen Weg vor uns, um allein auf juristischer Ebene von der Gleichstellung der Geschlechter sprechen zu können.

Wie kommt das?

Nehmen wir die Diskussionen um das Sexualstrafrecht nach der Silvesternacht in Köln. Feministinnen, feministische Juristinnen weisen seit Jahrzehnten auf bestehende Schutzlücken im Sexualstrafrecht hin. Die Forderung „Ein Nein heißt ein Nein“ ist politisch das erste Mal 1977 formuliert worden. Das ist jetzt also vierzig Jahre her. Dies ist im Sexualstrafrecht jedoch immer noch nicht vollständig abgebildet. Es gibt offenbar beharrliche Kräfte, die diese Themen auf unterschiedlichen Ebenen und auch aus unterschiedlichen Motivlagen verschleppen.

Was gibt es da zu verschleppen? Wer könnte daran ein Interesse haben?

Zu sagen: Hier muss sich etwas ändern, würde ja das Eingeständnis voraussetzen, dass es Defizite, dass es Probleme gibt, dass Gewalt leider Teil des Geschlechterverhältnisses ist. Diese Einsicht ist bei Männern, aber auch bei vielen Frauen, jedoch noch nicht angekommen.

Woran liegt das?

Pierre Bourdieu würde sagen: Es liegt daran, dass auch wir eine Gesellschaft sind, die von männlicher Herrschaft geprägt ist. Und das ist nicht nur in der Weise manifest, wie das Geschlechterverhältnis institutionalisiert ist, also in geschlechtlicher Arbeitsteilung, in der ungleichen Verteilung von Sorgearbeit usw., sondern natürlich auch in der Art und Weise, wie Männer und Frauen sozialisiert, wie sie subjektiviert sind.

Das heißt?

„Männlichkeit“ bedeutet nach wie vor eine Sozialisation in Dominanz. Das weibliche Geschlecht ist dagegen jenes, das in Unterwerfung eingeübt wird und aufwächst. Diese Struktur ist tatsächlich immer noch sehr manifest. Wir haben es, machen wir uns da nichts vor, weiterhin mit einem deutlich asymmetrischen und auch von Dominanz- und Gewaltstrukturen geprägten Geschlechterverhältnis zu tun. Das zu erkennen, wird durch die skizzierte Subjektivierung strukturell erschwert. Und dann hat es natürlich auch ganz handfest damit zu tun, dass wir letztlich über Umverteilung, über Privilegienverlust sprechen.

Männer fürchten die Abgabe von Einfluss und Macht, diese Motive sind tatsächlich immer noch virulent?

Ja. Wir haben in den letzten Jahren einen Diskurs um Gleichstellung gehabt, der versucht hat, uns vorzumachen, dass die Gleichberechtigung von Männern und Frauen quasi zum Nulltarif zu haben ist; dass es eine reine Win-win-Situation ist für alle Beteiligten. Dies ist natürlich mitnichten der Fall! Wie in jedem Verteilungskonflikt ist auch der Verteilungskonflikt zwischen Männern und Frauen einer, bei dem nicht alle gewinnen können. Männer werden auch verlieren. Und damit kommen wir natürlich ganz rasch und entschieden in Macht- und Ressourcenkonflikte. Dabei geht es natürlich auch um Wahrung von Besitzständen.

Warum aber sollte jemand etwas gegen rechtliche Regelungen haben, wenn es dabei um Schutz von Frauen vor Gewalt geht?

Auch hier: Wir erkennen zwar in Maßen an, dass es Missstände gibt. Solange wir dies jedoch nicht strafrechtlich regulieren, kann so getan werden, als würden sie nicht existieren. Wie lange etwa hat es gedauert, bis sexualisierter Missbrauch an Schutzbefohlenen, an Minderjährigen, an Kindern ein Thema geworden ist?

Wir finden immer wieder den Mechanismus, Gewaltverhältnisse nicht anerkennen zu wollen. Dabei ist es längst an der Zeit, anzuerkennen, dass im Verhältnis der Geschlechter, im Verhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern sexualisierte Gewaltverhältnisse existieren. Sicher, es gibt auch andere Formen von Gewalt. Aber es besteht eine deutliche Verschränkung. Es ist fatal, dass sich die Gesellschaft dieser Tatsache immer noch zu wenig bewusst ist.

Was wäre für Sie ein wichtiger Ansatzpunkt, um dieses „Ausblenden“, dieses „Unter-der-Decke-Halten“ aufzubrechen?

Ich glaube, dass es tatsächlich einen erkennbaren Aufstand der Männer bräuchte. Ich habe etwa nach Köln gefragt, warum es nicht endlich einen Aufschrei, einen Aufstand von Männern gegen sexualisierte Gewalt gibt? Stattdessen hatten sich ja vor allem jene Männer öffentlichkeitswirksam positioniert, die tendenziell fremdenfeindlich bis rassistisch argumentierten. Aber im Sinne von „sexualisierte Gewalt ist eigentlich ein Problem von uns Männern“ habe ich kaum männliche Stimmen vernehmen können.

Das Ganze ist ja eigentlich ein Täterproblem, und Täter sind – nicht ausschließlich, aber zumeist – nun mal Männer. Von daher müsste von ihnen der Widerstand gegen sexualisierte Gewalt kommen. Mir berichtete ein Sozialarbeiter, dass ihn genau diese Frage umtrieb. Er hat deshalb unter der Überschrift „Männer positionieren sich gegen sexualisierte Gewalt“ einen Online-Aufruf gestartet. Inzwischen ist er ganz verzweifelt, weil kaum ein Mann unterschreibt. Das kennen wir auch aus den Diskussionen um Prostitution. Global gesehen immerhin einer der umsatzträchtigsten Märkte: Prostitution, Menschenhandel, sexualisierter Menschenhandel. Angeblich gibt es aber keine Männer, die davon Gebrauch machen. Was ja offensichtlich nicht stimmen kann. Es bräuchte auch hier eine erkennbare Mobilisierung von Männern, die sich kritisch dazu ins Verhältnis setzen und nicht nur immer sagen: Ich tue es nicht! Das machen nur ein paar andere.

Im Nachgang zur Kölner Silvesternacht gab es Männer, die empört waren über die sexuelle Gewalt. Kam diese Empörung vor allem deshalb zum Ausdruck, um „Härte“ gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen zu formulieren? Oder ist das zu böswillig unterstellt?

Ich denke, bei manchen Äußerungen lässt sich dies, wie schon gesagt, durchaus unterstellen. Interessant fand ich aber etwas anderes ...

... und zwar was?

Ich fand es schon erstaunlich – so wichtig und richtig es gewesen ist –, dass Frauen die Übergriffe angezeigt und öffentlich gemacht haben. Und dies in einer Gesellschaft, die Frauen permanent vermittelt: „Na ja, wenn es dir passiert – Pech gehabt.“ Nur zur Erinnerung: Es ist, wenn ich recht erinnere, erst zwei Jahre her, dass ein Staatsanwalt sinngemäß sagte, würde seine eigene Tochter vergewaltigt, würde er ihr nicht raten, es zur Anzeige zu bringen, um sich nicht jener Tortur der Ermittlungsbehörden in einem solchen Verfahren auszusetzen, in der den Frauen oft nicht geglaubt wird.

Ist das tatsächlich so?

Alle Anwältinnen, die ich kenne, berichten unisono, dass auch heute noch Frauen oft nicht geglaubt wird. Nun haben sich also zahlreiche Frauen getraut, Anzeige zu erstatten. Aber hat dies vielleicht auch damit zu tun, dass sie sich legitimer fühlten, es zu tun, weil es – vermeintlich – Migranten, Flüchtlinge, Asylbewerber waren?

Wurde ihnen sogar eher geglaubt, weil es Migranten waren?

Ja, womöglich. Und hier sind wir bei jenen ganz subtilen Mechanismen, die zeigen, wie Sexismen und Rassismen ineinandergreifen. Zugleich wurden im öffentlichen Diskurs die verweichlichten deutschen Männer verhandelt, die ihren Frauen nicht beigestanden haben. Jenseits dieser etwas eigenwilligen Sichtweise bleibt dennoch die Frage offen: Haben sie zugeguckt und selber gar nicht erkannt oder sehen wollen, dass das eine Form von Übergriff war, weil sie es im Rahmen von ausgelassenen Festivitäten wie zu Silvester oder Fasching als normalisierten Umgang zwischen den Geschlechtern verstehen? Wenn mir 18-, 19-Jährige von ihren vielfältigen Schutztaktiken berichten, bevor sie in Berlin nachts ausgehen, dann stimmt etwas nicht: Niemals das Glas aus den Augen lassen ... Niemals die Bierflasche offen stehen lassen, immer den Finger in der Bierflasche haben ... Immer mit Freundinnen in Blickkontakt bleiben. Offenbar spricht manches dafür, dass in bestimmten Lebensaltern ein Umgang zwischen den Geschlechtern als normal gilt, wonach Übergriffigkeit seitens des einen Geschlechts gegenüber dem anderen der Regelfall ist.

Interessant in der Nach-Karnevals-Berichterstattung: Es gab ähnlich viele Übergriffe wie in der Silvesternacht, jedoch kaum wahrnehmbare Empörung. Sexualisierte Gewalt oder Belästigung ist immer verwerflich, egal wer es macht. Da könnte man fast schon wieder unterstellen, dass es Silvester „der Nordafrikaner“ oder „der Geflüchtete“ war, der es nicht anders kennt, oder?

Ja, genau. Wenn man so will, werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Man spricht über das Thema sexualisierte Gewalt, ohne es in Gänze anerkennen zu müssen, weil es mithilfe von rassistischen Mechanismen quasi eingehegt werden kann. Man spricht darüber, dass es in Nordafrika ein irgendwie geartetes Patriarchat gibt und dass die Männer von dort

ein Problem damit haben, Frauen als gleichwertig anzuerkennen. Da dies vermeintlich bei uns nicht mehr der Fall ist, haben wir diese Probleme auch nicht. Kurzum: Über eine Politik der Ausgrenzung gegenüber migrierten, geflohenen Menschen kommt eine partielle Anerkennung des Problems sexualisierter Gewalt zum Ausdruck, die aber nichts mit unserer Lebenswirklichkeit zu tun hat.

Sie sagten an anderer Stelle, dass die Mobilisierung von Gender und einer Vorstellung von Frauenemanzipation durch nationalistische und fremdenfeindliche Parteien sowie durch konservative Regierungen einer der wichtigsten Aspekte zur Kennzeichnung der gegenwärtigen politischen Lage sei. Zweifellos eine gefährliche Entwicklung für das demokratische Miteinander, oder?

In der Tat. Beobachten kann man das aber weltweit schon lange. Der Afghanistan-Krieg etwa ist geführt worden als ein Krieg *auch* im Zeichen des Feminismus. Die afghanischen Frauen sollten vor den Taliban gerettet und von der Burka befreit werden. In den Kolonialkriegen finden wir den Topos, wonach die Frauen immer vor dem schwarzen Mann gerettet werden müssen. Dieser Topos ist historisch zwar ganz alt, aber gerade deshalb immer noch so präsent und schnell aktivierbar; und nun mit einer zusätzlichen Stoßrichtung: Jetzt haben wir die Situation, dass weiße Männer weiße Frauen vor dem braunen Mann retten müssen, weil der braune Mann zu uns gekommen ist. In der feministischen Theorie zum Beispiel spricht man von Femo-Nationalismus, also der Indienstnahme von – vermeintlich – feministischen Positionen für die Rechtfertigung von kolonialistischen, rassistischen Ausgrenzungspolitiken.

Mit Blick auf den gegenwärtigen europäischen Rechtspopulismus, der ja leider auch in Deutschland mächtig Auftrieb erlebt, erleben wir zwei verschiedene Varianten. Wir haben die Kämpfe gegen sexuelle Vielfalt und gegen alles, was der vermeintliche „Gender-Wahn“ ist. Gleichzeitig vernehmen wir entleerte, entkernte Gleichstellungsrhetoriken und -politiken, die sehr stark fremdenfeindlich, rassistisch codiert sind. Das geht beides erstaunlich gut zusammen.

Warum geht das so gut zusammen?

Weil es beides Ausgrenzungspolitiken sind. Die Politiken gegen sexuelle Vielfalt, gegen die Öffnung der Ehe, gegen geschlechtliche Vielfalt sind Ausgrenzungspolitiken, weil sie auf die Re-Stabilisierung der heteronormativ organisierten Kleinfamilie als der Kernzelle von Gesellschaft zielen. Die andere Linie ist: Es soll eben *nicht nur* die heteronormative Kernfamilie sein, *sondern* die soll natürlich auch national und weiß sein. Es sind zwei Ausgrenzungslinien, die für die moderne Gesellschaft konstitutiv sind.

Frauen werden in vielen Dingen wie eine Minderheit behandelt, obwohl sie statistisch gesehen die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Glauben Sie, dass sich durch die Aufmerksamkeit nach der Kölner Silvesternacht ein sensiblerer Diskurs mit Blick auf Gleich-

berechtigung, mit Blick auf sexualisierte Gewalt in den eigenen vier Wänden entwickeln konnte, der auch nachhaltig wirkt?

Mit Sicherheit wird es im Sexualstrafrecht zu Reformen kommen. Das ist nicht mehr zu verhindern. Worüber jedoch von Beginn an nicht geredet wurde, ist die katastrophal schlechte Ausstattung der Beratungsstellen; die katastrophal schlechte Finanzierung der Notrufe, der Frauenhäuser, der Beratungsstellen gegen Gewalt sowohl für Frauen als auch für Kinder. Also jene Hilfestruktur, die notwendig, aber nicht ausreichend vorhanden ist. Darüber gibt es kaum eine politische Debatte. Es ist auch, soweit mir bekannt, seitens der Bundesregierung nicht geplant, diese Missstände zu beheben.

Kurzum: Ich bin optimistisch, dass wir ein wirkungsvolleres Sexualstrafrecht bekommen werden. Weniger optimistisch bin ich mit Blick auf eine verbesserte Finanzierung und Ausstattung der Infrastruktur, die sich mit diesem gesellschaftlichen Problem beschäftigt. Geradezu pessimistisch bin ich mit Blick auf einen gesellschaftlichen Wandel, der sexualisierte Gewalt ernst nimmt und entsprechende Konsequenzen einfordert.

Warum sind Sie da so pessimistisch?

Als die Fälle von sexuellem Missbrauch in der Kirche, in der Odenwaldschule und anderen schulischen Institutionen ans Licht der Öffentlichkeit kamen, dachte ich: Jetzt kann sich diese Gesellschaft dem Problemkomplex eigentlich nicht mehr entziehen. Wenn es deutlich ist, dass nicht mehr von Einzelfällen gesprochen werden kann, sondern dass es systematisch in den Institutionen stattfindet, denen Eltern ihre Kinder für Bildung und Erziehung anvertrauen, dann muss es viel stärker ein Thema werden. Letztlich aber ist zu wenig passiert. Die angesprochenen Beharrungskräfte sind auch hier immer noch groß.

Die rassistischen Grundierungen, von denen Sie schon sprachen: Glauben Sie, dass das erst der Anfang ist? Wenn ja, was müsste getan werden, um dem Einhalt zu gebieten?

Ich fürchte, wir stehen hier tatsächlich erst am Anfang. Dramatisch zugespitzt gesprochen, könnte man schon sagen, dass wir uns mitten in einem Kampf um eine neue Hegemonie befinden, und diese kann eine rechte werden. Um dem Einhalt zu gebieten, wäre es richtig und wichtig, dass all jene, die eine demokratische Haltung haben, die für eine offene Gesellschaft eintreten, dies deutlicher zum Ausdruck bringen und den gesellschaftspolitischen Kampf mit den Gegnern der Demokratie, der offenen Gesellschaft aufnehmen. Dazu muss man sich sehr viel stärker über neue Allianzbildungen zwischen politischen und gesellschaftlichen Kräften unterhalten. Seien es Bündnisse etwa zwischen Parteien, den Gewerkschaften, mit progressiveren Teilen zumindest der evangelischen Kirchen und sozialen Bewegungen. Es muss ein deutliches Nein zu Rassismus, zu Trans- und Homophobie und zu sexistischer Gewalt geben. Das muss von viel mehr demokratischen Kräften kundgetan werden.

Oftmals wird ja auf die sogenannte Zivilgesellschaft geschaut. Glauben Sie tatsächlich, dass von dort Impulse zu erwarten sind?

Ich glaube, dass die Zivilgesellschaft zumindest in Teilen da deutlich weiter ist als die offizielle Politik – und ich sage das auch im Wissen um den rechtspopulistischen Aufschwung, den wir derzeit erleben. Wo die offizielle Politik in praxi vor allem mit Ausgrenzung, mit Entrechtung und zunehmender Prekarisierung operiert, operiert die Zivilgesellschaft in großen Teilen nach wie vor und sehr deutlich mit Unterstützung, mit immer neuen Ideen, wie ein neues gesellschaftliches Miteinander hergestellt werden kann. Ich selber bin Teil einer Initiative, die sich „Wir machen das“ nennt – in deutlicher Absetzung von „Wir schaffen das“. In dieser Kampagne geht es unter anderem darum, Initiativen vor Ort, die unterschiedlichsten Dinge sichtbarer zu machen und miteinander in Kontakt und in Verbindung zu bringen. Da gibt es wirklich die tollsten Sachen, und nicht nur auf der Ebene von: Wir geben euch Essen und Kleider – diese typische paternalistische Hilfe –, sondern wirklich an dem orientiert: Wir wollen ein neues gesellschaftliches Zusammenleben organisieren. Dafür muss man im Moment eintreten! Dafür muss man kämpfen.

Interview: Peter Kuleša

Dr. Sabine Hark

ist Soziologin und Professorin für Geschlechterforschung an der TU Berlin. Sie bloggt unter blog.feministische-studien.de